Nationalräte gegen Lex Ernst Suter

DÜRNTEN Erst unterstützte eine breite Allianz von Nationalräten eine Initiative von Jacqueline Badran (SP), mit der Fälle wie der Fall Suter verhindert werden sollen. In der vorberatenden Kommission des Rats fiel die Initiative nun jedoch durch.

Der Fall von Ernst Suter wirft Wellen bis in den Nationalrat. Die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran (SP) hat aufgrund des Dürntner Steuerfalls eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Damit will sie das Steuerharmonisierungsgesetz ändern. Künftig sollen rechtskräftige Entscheide zugunsten des Steuerpflichtigen revidiert werden können, wenn sich herausstellt, dass dieser wegen schwerwiegender gesundheitlicher Gründe oder Illetrismus (siehe Box) nicht in der Lage war, eine Steuererklärung einzureichen.

Rechtskräftig nach 90 Tagen

Weil diese Entscheide bis anhin nicht revidiert werden können, mussten sich die Dürntner beim Fall Suter mit einem Trick helfen: Sie gaben ihm das Geld via Schenkung zurück. Dafür waren jedoch zwei Gemeindeversammlungen nötig (wir berichteten). Der Steuerfall Dürnten zeige laut Badran deutliche Mängel im System auf. Die Gemeinde habe die über Jahre zu viel erhobenen Steuern aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen nicht zurückerstatten können. Zudem sei der Fall Suter kein Einzelfall, dies hätten Medienberichte gezeigt.

Das Problem liege einerseits darin, dass die Entscheide rechtskräftig werden, wenn niemand innert 90 Tagen nach Erhalt der Einschätzung rekurriert, argumentiert Badran. Und andererseits, dass eine spätere Revision nur dann möglich sei, wenn der Steuerpflichtige Gründe für die Revision angeben könne, die vorher nicht bekannt gewesen seien. Diese Gründe seien aber nach geltender Gesetzgebung im Fall von Illettrismus oder von sonstigen schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen nicht gegeben.

Rückerstattung ermöglichen

Gemäss dem Verein Lesen und Schreiben verfügten rund 800 000 Menschen in der Schweiz, davon etwa 400 000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger, trotz einer langjährigen Schulzeit über zu wenige Kenntnisse in Lesen und Schreiben, so Badran weiter. Die Chancen, ihre Fähigkeiten wirklich zu nutzen, seien sehr eingeschränkt. Diese Personen hätten grosse Schwierigkeiten, komplexe Texte wie eine Steuererklärung zu verstehen.

In grösseren Gemeinden werde zwar eine kostenlose Hilfe beim Ausfüllen der Steuererklärung angeboten. In kleineren wie Dürnten seien die Personen aber darauf angewiesen, die richtige Hilfe zu finden und sie auch bezahlen zu können. Viele erwachsene Personen versuchten diese Schwäche zu verdecken – selbst im nächsten Umfeld. Deshalb sei es wichtig, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um bei solchen Fällen eine Rückerstattung von zu viel bezahlten Steuern zu ermöglichen.

Bürgerliche unterschrieben

Badran hat die Initiative im Juni 2015 eingereicht. Anfangs stiess sie auf breite Unterstützung. 37 Parlamentarier – darunter sämtliche anwesenden Zürcher Nationalräte aller Parteien – haben den Vorstoss unterschrieben. Selbst SVP-Hardliner wie Alfred Heer, Thomas Matter oder der mittlerweile abgewählte Christoph Mörgeli stellten sich hinter die Initiative.

Dann kam die Kehrtwende: In der vorberatenden Kommission fand Badrans Anliegen plötzlich keine Mehrheit mehr. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrats, die die Initiative vorprüft, hat sie mit 10 zu 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Zwar finde es auch die Kommissionsmehrheit stossend, wenn Personen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Illettrismus keine Steuererklärung einreichen konnten, mit unrealistisch hohen Steuerforderungen konfrontiert sind, schreibt sie im Bericht. Dies liesse sich aber verhindern – oder zumindest reduzieren –, indem die zuständigen Behörden den direkten Kontakt mit den Betroffenen suchten und ihnen Hilfe böten. Die Kommissionsmehrheit wolle ausserdem keine Einzelfallgesetzgebung machen und damit allenfalls neue Ungerechtigkeiten schaffen, heisst es in der Begründung.

«Ich dachte, ich sei im falschen Film, als in der Kommission ein Ablehnungsantrag gestellt wurde.»

Jacqueline Badran (SP), Nationalrätin

«Irgendwie rumgeeiert»

Den Entscheid kann Badran nicht nachvollziehen. «Ich dachte, ich sei im falschen Film, als in der Kommission ein Ablehnungsantrag gestellt wurde», sagt sie. Zig Parlamentarier, die den Vorstoss unterschrieben hätten, seien auch in der WAK anwesend gewesen und hätten dort «irgendwie argumentatorisch rumgeeiert». Die Begründung überzeuge sie in keiner Weise. «Und ich gehöre zu denjenigen, die zugeben könnten, an irgendetwas nicht gedacht zu haben oder etwas falsch beurteilt zu haben.» Der Fall Dürnten zeige ja eben gerade, dass die Steuerbehörde nicht auf die Leute zugehe. In der Kommission sei gar argumentiert worden, die Behörde hätte gar keine Zeit, jedem hinterherzuspringen.

Ob der Vorstoss nun trotzdem durchkomme, sei ungewiss. «Die Parlamentarier folgen für gewöhnlich der Kommission. Ich müsste also mit vielen Parlamentariern einzeln reden.» Das Parlament entscheidet in der Herbstsession über die Initiative. Diese dauert bis 30. September.

Andreas Kurz

ILLETTRISMUS

Komplexes Phänomen

Illettrismus beschreibt einerseits das Phänomen, dass in Gesellschaften mit langjähriger Schulpflicht nicht alle Menschen so gut lesen und schreiben lernen, wie man es erwartet und fordert. Andererseits die Situation eines einzelnen Betroffenen. Die Folgen sind gemäss dem Schweizer Dachverband Lesen und Schreiben sehr individuell. Sie gehen von stressbedingten Krankheiten über Scham und vermindertes Selbstwertgefühl bis hin zu finanziellen Einbussen. *aku*

Grundstein für neues Alters- und Pflegezentrum

WALD Das Walder Stimmvolk stellt die Weichen für ein Alters- und Pflegezentrum auf dem Areal Rosenthal. Die Gemeindeversammlung entscheidet über den dazu nötigen Gestaltungsplan.

Visualisierung des geplanten Alterszentrums Rosenthal: Mit einem Ja zum Gestaltungsplan würden die Stimmberechtigten den Bau ermöglichen. *zvg*

Die Stiftung Drei Tannen will das künftige Alters- und Pflegezentrum auf dem Areal Rosenthal entlang der Rosenthalstrasse bauen. Das Projekt des Architekturbüros Kit Architects sieht für 62 Millionen Franken 120 Wohn- und Pflegeplätze sowie sechs Zweizimmerwohnungen für Wohnen mit Service vor. Zudem sind im dreiteiligen Gebäudekomplex die Spitex Wald und Fischenthal, eine Gemeinschaftspraxis, eine Physiotherapiepraxis sowie ein Mehrzwecksaal mit 120 Plätzen geplant.

Die baurechtlichen Voraussetzungen für den Neubau müssen mit einem von der Gemeindeversammlung festgesetzten privaten Gestaltungsplan geschaffen werden. Zum einen besteht für das Areal Rosenthal eine Gestaltungsplanpflicht, zum anderen ist der Neubau deutlich länger als zulässig.

Bezüglich Energie sehen das Richtprojekt und die Gestaltungsplanvorschriften eine Bauweise nach dem Minergiestandard für Wohngebäude, den Anschluss an einen Holz-Wärme-Verbund sowie die Vorbereitung des Dachs für eine Photovoltaikanlage vor.

«Gestaltungsplan überzeugt»

Der Gemeinderat beantragt Zustimmung. «Der Gestaltungsplan Rosenthal überzeugt hinsichtlich städtebaulicher, architektonischer und betrieblicher Qualität», sagt der Walder Gemeindeschreiber Martin Süss. Er nehme die Höhen und Richtungen der Nachbarbauten auf, schaffe dank Vor- und Rücksprüngen abwechslungsreiche Aussenräume und gliedere sich so in die Umgebung ein. Stimmen die Walder dem Antrag zu, fahren 2017 die Bagger auf. 2019 sollen die ersten Bewohner einziehen. Auf der Traktandenliste stehen neben zwei Einbürgerungsgesuchen auch zwei Anfragen. Eine bezieht sich auf das Bauprojekt des Alterszentrums Rosenthal der Stiftung Drei Tannen, die andere betrifft Bauarbeiten an der Sanatoriumstrasse.

Zudem beantragt der Gemeinderat, den 1,2 Millionen Franken teuren Ausbau der Hofacherstrasse in Laupen mit 300 000 Franken mitzufinanzieren. Die Hofacherstrasse im Gebiet Mettelacher und Oberlaupen stösst an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Ausbau müsste von den angrenzenden Grundeigentümern finanziert werden. Der Gemeinderat will den Anwohnern aber unter die Arme greifen und einen Beitrag leisten. «Da die Hofacherstrasse durch die Verbindung über die Steigstrasse nach Wald und Diezikon als Verbindungsstrasse genutzt wird und somit nicht nur den Anwohnern, sondern auch der Allgemeinheit dient, wollen wir einen Teil der Kosten übernehmen», sagt Gemeindeschreiber Süss. Über die Hofacherstrasse führe zudem ein kommunaler Fuss- und Wanderweg und eine Radwegroute.

Sibylle Egloff

Die Gemeindeversammlung findet am Dienstag, 20. September, um 20 Uhr im «Schwert»-Saal in Wald statt.

25. September

HINWIL

Zwei Kandidaten für die Sozialbehörde

Um die Nachfolge von Frieda Honegger (SVP) in der fünfköpfigen Sozialbehörde bewerben sich zwei Kandidaten: Roland Brändli (SVP) und Beat Sprenger (CVP). Brändli (Jahrgang 1972) präsidiert die SVP-Ortspartei und ist Teamleiter im Bereich Qualitätssicherung. Sprenger (1959) gehörte 2003 bis 2009 der Reformierten Kirchenpflege an und ist selbständiger Caterer. *zo*

GRÜNINGEN

7,3-Millionen-Kredit für neuen Schulraum

Die Grüninger Stimmbürger entscheiden, ob sie einem 7,3-Millionen-Kredit für neuen Schulraum in der Aussergass zustimmen wollen. Das Projekt ist umstritten: Die SVP empfiehlt Annahme, die FDP Ablehnung. *zo*

RÜTI

Drei Kandidaten für die Schulpflege

Nach dem Rücktritt von Sibel Sezer (SP) aus der Schulpflege entscheiden die Rütner über deren Nachfolge. Für den freien Sitz kandidieren Virginia Tschritter (EDU), Stephan Müller (FDP) und Leo Keller (SP). *zo*

WALD

Zwei Vakanzen in der Schulpflege

Bei der Ersatzwahl für die Nachfolge des zurückgetretenen Gemeinderats und Schulpräsidenten Fredi Murbach (SP) und von Schulpflegemitglied Pia Ernst (parteilos) bewerben sich fünf Kandidaten. Für das Präsidium stellt sich einzig Franziska Heusser Ammann (parteilos) zur Wahl. Sie kandidiert neben Monika Cathomas Weber (parteilos), André Lee (parteilos), Doris Okle Jaeggi (Grüne) und Christian Schmid (FDP) gleichzeitig für den Schulpflegesitz. *zo*

FISCHENTHAL

Acht Kandidaten für drei Schulpflegesitze

Bei der Ersatzwahl für drei Mitglieder und das Präsidium der Schulpflege Fischenthal kandidieren insgesamt acht Personen – ein Mann und sieben Frauen. Fürs Präsidium treten an: Michaela Oberholzer Huber (parteilos) aus Fischenthal, Judith Rüegg (parteilos, bereits Mitglied der Schulpflege) aus Steg und Nelly Villiger (SVP) aus Steg.

Neben Oberholzer Huber und Villiger kandidieren als Mitglieder: Corinne Fust (parteilos) aus Gibswil, Andrea Hegi (parteilos) aus Steg, Hans Lazzarotto (parteilos) aus Fischenthal, Corinne Schoch-Schäfli (parteilos) aus Steg sowie Sonja Wildhaber (parteilos) aus Gibswil. *zo*

Resultate am Abstimmungstag ab Mittag auf **www.zueriost.ch**

ANZEIGE